

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 107. Ratssitzung vom 18. Januar 2012**

### **2228. 2009/66**

#### **Motion von Peider Filli (AZ), vertreten von Martin Abele (Grüne) vom 25.02.2009: Fachstelle für Schwule und Lesben, Realisierung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Martin Abele (Grüne)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 4096/2009): Die Motion fordert eine Fachstelle für Gleichstellung, die sich speziell der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen annimmt. Die Motion lehnt sich an die etablierte Fachstelle für Gleichstellung an, die für alle Fragen rund um die Gleichstellung von Frau und Mann zuständig ist. Diese Fachstelle behandelt Themen, die auch im Bezug auf die sexuelle Orientierung relevant sind. Schwule, Lesben und andere Menschen, die mit ihrer sexuellen Orientierung nicht der Norm entsprechen, müssen immer wieder neu dafür kämpfen, als gleichwertig angenommen zu werden. In der Schule herrscht zum Beispiel immer noch ein heterosexuelles Normdenken vor. Der Stadtrat sieht zwar Handlungsbedarf, bleibt aber besonders im Bereich der Schule defensiv. Es ist auch noch nicht für alle selbstverständlich, im Beruf zu ihrer anderen sexuellen Orientierung zu stehen. Lesben, Schwule und Transsexuelle würden sich über eine entsprechende Rückendeckung freuen. Es gibt genügend Gebiete, in denen auch heute noch Ungleichbehandlungen möglich sind, so etwa die Beförderungspraxis, die Gleichstellung der Partner durch die Pensionskassen, die Anerkennung der Partner bei Spitalbesuchen und Abdankungen oder verbale und tätliche Angriffe. Schwule und Lesben sind aufgrund leidvoller Erfahrungen besonders sensibilisiert auf entsprechende Vorfälle. Hier müsste es eine Fachstelle geben, die sich jederzeit auch für die Gleichstellung einsetzt. Der Stadtrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen. Das Thema der Gleichstellung ist wichtig und muss es uns wert sein, den Vorstoss zu unterstützen.*

Weitere Wortmeldungen:

***Simone Brander (SP):** Die SP beantragt eine Textänderung und die Umwandlung in ein Postulat. Der Text soll in folgende Version umgeändert werden: "Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie das Mandat der Fachstelle für Gleichstellung auf Themen zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ausgeweitet werden kann. Die Fachstelle soll insbesondere die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transmenschen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwal-*

tion Zürich fördern. Sie soll auf Konsultation und Mitwirkung bei der Vorbereitung von Geschäften sowie personal- und besoldungsrechtlichen Erlassen und Massnahmen, die (un)mittelbar die sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität betreffen, Anspruch haben. Gleichzeitig wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie das Human Resources Management ein aktives Diversity Management einführen kann, um die soziale Vielfalt konstruktiv zu nutzen." Aus SP-Sicht ist es nicht sinnvoll, eine neue, zusätzliche Fachstelle zu schaffen. Doch Gleichstellung muss auch in der Stadt Zürich umfassender verstanden werden, als dies heute der Fall ist, und muss lesbische, schwule, bi- und transsexuelle Menschen (LGBT) einschliessen. Die Fachstelle für Gleichstellung ist auf ihrem Gebiet kompetent. Sie ist allerdings nicht offiziell für Fragen und Anliegen von lesbischen, schwulen, bi- und transsexuellen Menschen zuständig. Deshalb beantragen wir den Änderungsantrag. Der Stadtrat soll prüfen, wie sich das Mandat der Fachstelle für Gleichstellung erweitern lässt. Damit kann eine offizielle Anlaufstelle für LGBT geschaffen werden. Für Streitfälle zwischen privaten sowie städtischen Angestellten und der Stadtverwaltung existiert in diesem Zusammenhang in der Stadt Zürich die Ombudsstelle mit einer ausgewiesenen Fachfrau für LGBT-Anliegen. Es ist allerdings möglich, dass die Ombudsstelle zu wenig bekannt ist. Es kann jedoch auch nicht sein, dass die Fachstelle für Gleichstellung allein für das Thema LGBT zuständig sein soll. Damit sich in der Praxis der Stadtverwaltung etwas ändert, muss auch das HR-Management aktiv werden. Deshalb soll beim HR-Management der Stadtverwaltung ein zeitgemässes Diversity Management eingeführt werden. Das fördert eine Arbeitskultur, die alle Mitarbeitenden einschliesst und allen Mitarbeitenden die gleichen Entwicklungs- und Karriere-chancen bietet. Gemischte Teams bringen zudem innovativere Lösungen, die von der Allgemeinheit besser akzeptiert werden, weil die Interessen unterschiedlicher Perspektiven vertreten sind.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Die Gleichstellung von Schwulen und Lesben ist ein selbstverständliches Anliegen. Es gibt jedoch immer wieder Diskriminierungen und Angriffe. Es ist aber auch festzustellen, dass in weiten Teilen der Bevölkerung eine offene Diskriminierung von Schwulen und Lesben nicht mehr toleriert wird. Die Stadt unternimmt in diesem Bereich schon einiges. Wir standen immer gegen sämtliche Formen von gesellschaftlicher Ausgrenzung ein. Wir unterstützen aktive Institutionen und Organisationen. Das Zusammenführen dieser Organisationen ist ein wichtiger und richtiger Weg und geeigneter als die Bildung einer eigenen Fachstelle in der Stadtverwaltung. Der Stadtrat lehnt die Motion ab, würde sie jedoch als Postulat entgegennehmen, um diese Fragen genauer zu untersuchen und der Fachstelle für Gleichstellung eventuell ein Mandat zu übertragen. Die Fachstelle für Gleichstellung ist aus Sicht des Stadtrates die richtige Stelle für ein solches Angebot. Sie griff das Thema in der Vergangenheit bereits auf. Bei der Ombudsfunktion schliesse ich mich den Ausführungen von Simone Brander (SP) an. Zum Diversity Management: Gerade in grossen privaten Betrieben wird Diversity Management oft sehr aktiv betrieben. Der Stadtrat wird die Möglichkeiten des Diversity Management gerne prüfen, wie auch das Anliegen der SP generell, das Thema der sexuellen Orientierung der Geschlechtsidentität in diesem Bereich auszuweiten. Der Stadtrat wird

den Vorstoss gerne als Postulat entgegennehmen und ist insbesondere auch bereit, die abgeänderte Version entgegenzunehmen.

Weitere Wortmeldungen:

**Ruth Anhorn (SVP):** Bereits heute wird den Anliegen der Motion Rechnung getragen. Der Stadtrat ist gewillt, alles zu unternehmen, um eine Diskriminierung zu verhindern. Auch der neueste Gleichstellungsbericht widmet sich der Frage von lesbischen und schwulen Lebensformen und ihrer Bedeutung. Es bestehen bereits diverse Einrichtungen, die eine Beratung anbieten. Bei Streitfällen ist die Ombudsstelle eine gute Anlaufstelle. Zudem existiert in der Stadt Zürich das Büro für Gleichstellung, bei dem man ebenfalls auf offene Ohren trifft. Die SVP-Fraktion vertritt die Meinung, dass es keine Fachstelle braucht und die auftauchenden Probleme auch in den bereits erwähnten Einrichtungen gelöst werden können. Wir unterstützen deshalb weder die Motion noch das Postulat.

**Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP):** Dass es Massnahmen braucht, um die Gesellschaft zu sensibilisieren und die Betroffenen vor Diskriminierung zu schützen, ist sinnvoll. Doch der Stadtrat unternimmt diesbezüglich schon sehr viel. Unserer Meinung nach wird deshalb keine weitere Fachstelle benötigt. Eine Fachstelle könnte sich auch kontraproduktiv auswirken: Unterschiede, die beseitigt werden sollen, könnten gerade dadurch zementiert werden. Die Privatsphäre des Einzelnen sollte gewahrt werden und die Toleranz der Gesellschaft sollte weder bei Schwulen noch bei religiösen Minderheiten aufhören. Sexuelle Orientierung sowie Religionszugehörigkeit sind Privatsache. Aus folgendem Grund lehnen wir das Postulat ab: Der Stadtrat steckt einen gesetzlichen Rahmen ab, der die gesamte Gesellschaft möglichst zusammenfasst. Partikularinteressen und Minderheiten sollen nicht dazu führen, dass das Ganze auseinanderfällt. Organisationen wie Pink Cross könnten jedoch selber eine Fachstelle führen und dafür Geld vom Stadtrat beantragen, sofern ihre Leistungen die Gesellschaft entlasten und dadurch ein übergeordnetes Interesse besteht. Auch christliche Werke werden auf diese Art unterstützt. Wir erachten diesen Weg als sehr geeignet. Es gibt dem Stadtrat die Möglichkeit, nicht ideologisch, sondern sachlich zu argumentieren.

**Michael Baumer (FDP):** Niemand bestreitet, dass auch heute noch Probleme für Schwule und Lesben bestehen. Wir befinden uns aber nicht mehr am Anfang des Gleichstellungsprozesses. Die Stadtpräsidentin erwähnte bereits, welche Fortschritte in den letzten Jahren erzielt wurden. Die Frage lautet: Folgen die richtigen Massnahmen auf die Analyse? Die Massnahme, eine weitere Fachstelle zu schaffen, ist nicht die richtige. Es wird nur eine weitere Stelle für eine spezifische Gruppe gefordert. Wird für jede Gruppe eine eigene Fachstelle geschaffen, führt dies nicht zum Ziel. Das Postulat mit dem Textänderungsantrag der SP sieht gut aus, doch vieles davon wird bereits umgesetzt. Wir unterstützen die Motion in dieser Form nicht und lehnen auch das Postulat ab.

**Maria Trottmann (GLP):** Die GLP wird das Postulat mit dem Textänderungsantrag unterstützen. Die Fachstelle für Gleichstellung hat momentan keinen offiziellen Auftrag, sich zum Bereich von Schwulen, Lesben und allgemein zur Geschlechteridentität zu engagieren und sollte einen entsprechenden Auftrag erhalten. Es gibt leider immer wieder Fälle, in denen Personen wegen ihrer sexuellen Ausrichtung oder Geschlechteridentität diskriminiert werden. Der Stadtrat hat bereits viel unternommen und die Situation in der Stadtverwaltung ist grundsätzlich nicht schlecht. Das bedeutet allerdings noch nicht, dass dies in allen Abteilungen so gelebt wird. Wir halten das Anliegen deshalb für prüfenswert.

**Alan David Sangines (SP):** In der Privatwirtschaft wird Diversity Management nicht nur für das Wohlbefinden der Mitarbeitenden angewendet, sondern auch zur Produktivitätssteigerung. Fast wichtiger ist jedoch die Gleichstellung: Wir haben verschiedentlich gehört, dass es für Homosexuelle und Transmenschen heute nicht mehr so schwierig sei. Doch solange wir während einer Budgetdebatte von Ratsmitgliedern die Aussage hören, dass Homosexuelle nicht normal sind, solange ein Outing in der Wirtschaft ein Karriereknick bedeuten kann, solange homosexuelle Paare rechtlich nicht gleichgestellt sind, solange die Selbstmordrate bei homosexuellen Jugendlichen viermal höher ist als bei heterosexuellen Jugendlichen, ist es keine Privatsache. Solange brauchen wir Massnahmen. Die Ausweitung der Fachstelle für Gleichstellung wäre eine dieser Massnahmen. Unterstützen Sie das Postulat.

**Urs Fehr (SVP):** Die Mehrheit der Bevölkerung würde diese Debatte nicht verstehen. Mir sind keine Fälle von Personen bekannt, die sich noch stark diskriminiert fühlen. Kümmern wir uns lieber um die effektiven Probleme der Stadt. Ansonsten könnten Fachstellen für alle möglichen Gruppen eingerichtet werden.

**Peider Filli (Grüne):** Ich nehme die Textänderung gerne an. Hier noch ein Kommentar zum Votum von Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Schwulsein ist keine Religion. Es braucht einen unaufgeregten Umgang mit Schwulen und Lesben. Es existieren immer noch Berührungspunkte und Sprachlosigkeit – auch in der Stadtverwaltung. Es besteht Handlungsbedarf. Der Gleichstellungsbericht stellt fest, dass Lesben und Schwule heute zwar oft problemlos leben können, aber nicht gefeit sind vor der gesellschaftlichen Ächtung. Immer noch sind Lesben und Schwule bei ihrem Coming-out alleine. Es gibt in diesem Bereich nach wie vor zu wenig Vorbilder und zu viel Selbstmorde. Unterstützen Sie das Postulat.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Dass es keine Diskriminierung von Schwulen und Lesben geben soll, wurde zur Genüge ausgebreitet. Bei der Geschlechtsidentität geht es um viel mehr. Die Transidentität ist sehr fließend. Sie sollte nach unserer Meinung und unserem Familien- und Rollenbild nicht mit einem Ja unterstützt werden.

5 / 5

#### Angenommene Textänderung:

~~Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung zu unterbreiten, die zur Realisierung einer Fachstelle für Schwule und Lesben in der Stadtverwaltung führt. gebeten zu prüfen, wie das Mandat der Fachstelle für Gleichstellung auf Themen zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ausgeweitet werden kann.~~ Die Fachstelle soll insbesondere rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transmenschen in allen Lebensbereichen und in der Stadtverwaltung Zürich fördern.

~~Sie soll in Streitfällen betreffend Schwulen und Lesben – Diskriminierung zwischen privaten sowie städtischen Angestellten und der Stadtverwaltung (Ombudsaufgaben) vermitteln.~~

Sie soll auf Konsultation und Mitwirkung bei der Vorbereitung von Geschäften sowie personal- und besoldungsrechtlichen Erlassen und Massnahmen, die (un)mittelbar die Gleichstellung Schwuler und Lesbischer Lebensweise sexuelle Orientierung und/oder Geschlechtsidentität betreffen, Anspruch haben. Gleichzeitig wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, wie das Human Resources Management ein aktives Diversity Management einführen kann, um die soziale Vielfalt konstruktiv zu nutzen.

Martin Abele (Grüne) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Ruth Anhorn (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2012/19 (statt Motion GR Nr. 2009/66, Umwandlung) wird mit 74 gegen 46 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat